Alles in der Schwebe
Informationsforum der SPD zum Kulturgüterstreit

Kulturgüterstreit und noch kein Ende. Zwar sieht es so aus, als seien die schlimmsten Bedrohungen abgewendet – die Angelegenheit als solche aber ist keineswegs vom Tisch. Das machte nicht zuletzt ein Informationsforum deutlich, das die Bundestagsfraktion der SPD jetzt in Karlsruhe Ständehaus veranstaltete, denn, so der Bundestagsabgeordnete Johannes Jung: Er handele sich hier um eine Angelegenheit, deren Bedeutung weit über Karlsruhe oder das Land Baden-Württemberg hinausgeht. Jung: „Der Bund ist alarmiert.“


Einer der Ersten, die gegen die Ungeheuerlichkeit dieses Vorhabens ihre Stimme erhoben, war der Münchener Medienkritiker Norbert H. Ott, einer der renommiertesten Wissenschaftler auf dem Gebiet mittelalterlicher Handschriften. „Die Drogendealer hat man im Schutze der Dunkelheit einen Geheimplan ausgeheckt“, sagte Ott in Karlsruhe und erinnerte daran, dass bereits 1872 die Bibliotheksbestände aus der Hofverwaltung herausgenommen wurden, um sie in einer öffentlichen Bibliothek, „allen Landeskindern, wie das damals hieß, zugänglich zu machen“. Die Landesregierung habe anfangs wohl mit der Tragheit der Wissenschaftlergemeinschaft, der „scientific community“ kalkuliert, die sich vermeintlich in Elfenbeintürmen vor der Wirklichkeit verkriecht. Aber, so Ott: „Der Elfbeinturm ist nicht etwa ein Ort gemütlichen Rückzugs, sondern ein Turm, von dessen Zinnen herab man weit ins Land schreien kann.“

Auch aber die Haltung der Bürgerinnen und Bürger sprach der Wissenschaftler an. Die Menschen im Land haben es eben doch nicht kalt gelassen, dass Kulturgut verscherbelt werden sollte. Der Protest drückte sich nicht zuletzt in den über 20.000 Unterschriften aus, die jüngst von der Landesvereinigung Baden in Europa an die Adresse des Ministerpräsidenten übergeben wurden. Bei dieser Gelegenheit habe Peter Frankenberg, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, den Eindruck erweckt, dass die Gefahr eines Kulturausverkaufs nicht mehr so groß sei, berichtete Gerlinde Hämmeler. Als gutes Zeichen wertete die ehemalige Regierungsrätin und jetzige stellvertretende Vorsitzende der Landesvereinigung, dass Frankenberg erklärt habe, „ein Graf Douglas werde bei ihm keinen Zutritt erhalten, weil er mit Leuten, die eigene wirtschaftliche Interessen vertreten, nicht verhandeln will“.


Michael Hübl